

II-3523 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG1010 Wien, den 7. April 1978
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. 10.290/25-Gra/78

1638/AB

1978 -04- 11

zu 1649/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend den Bericht über die Tätigkeit der Bundesregierung "Kampf gegen die Armut",

Nr. 1649/J.

Die Anfrage spricht von einem Bericht über die Tätigkeit der Bundesregierung im Kampf gegen die Armut. Hiezu darf ich zunächst feststellen, daß es sich nicht um einen offiziellen von der Regierung beschlossenen Bericht handelt, sondern um eine Unterlage für die Enquete "Kampf gegen die Armut", in der auf Grund von Berichten der einzelnen Ressorts eine zusammenfassende Darstellung über die Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Armut gegeben wurde. Die redaktionelle Bearbeitung erfolgte durch das Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Ich sehe mich im Hinblick auf meine Zuständigkeit auf Grund des Bundesministeriengesetzes 1973, BGBI. Nr. 389, zu den Tätigkeiten des Bundesministeriums für Finanzen nicht in der Lage, eine Beantwortung vorzunehmen. Unvorgreiflich einer etwaigen Befragung bzw. Beantwortung des Herrn Bundesministers für Finanzen habe ich folgende Interpretation vom Bundesministerium für Finanzen erhalten:

"Der Fahrpreisersatz für die von den ÖBB in ganz Österreich durchgeführten Schülerfreifahrten wird bei der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland geltend gemacht. Im Kalenderjahr 1976 wurden z.B. an die ÖBB als Fahrpreisersatz von der genannten Finanzlandesdirektion rund 220 Millionen Schilling ausgezahlt. Eine rechnerische Aufteilung dieses Betrages auf die einzelnen Bun-

- 2 -

desländer, in denen die Schüler wohnen, die an den Schülerfreifahrten teilgenommen haben, würde eine bedeutende Verwaltungsarbeit verursachen.

Auch für den Bericht "Kampf gegen die Armut - Tätigkeit der Bundesregierung" wurden, wegen des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes, die als Fahrpreisersatz an die ÖBB geleisteten Beträge nicht genau auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt. Bei dem im genannten Bericht angeführten Beispiel hinsichtlich eines regionalen Ausgleichs handelt es sich vielmehr um eine Schätzung."

Der Bundesminister:

